



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

öffentliches Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 26.06.2012

Studierendenrat

Vorstand

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Daniel Münch
Felix Quittek Quittek
Johannes Struzek

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

- anwesende MdStuRa:** Amina Arabi, Clemens Beck, Kai Bekos, Peter Held, Lisa Karstädt, Marcus Müller, Daniel Münch, Felix Quittek, Anika Rehe, Benjamin Rößner, Cindy Salzwedel, Madlen Schwarzenberger, Johannes Struzek, Julian Volk, Carola Wlodarski-Simsek
- entschuldigt:** Stephanie Borck, Kerstin Zimmermann
- ruhendes Mandat:** Rafael De Cia, Jakob Horn, Christopher Johne, Jonas Johne, Richard Melzer, Sven Peter, Lena Aylin Pooyeh, Konstantin Reißmann, Julius Rohn, Anna Selle, Jan Stübner, Alexander Ziehe
- unentschuldigt:** Alexander Goebel, Sebastian walter
- beratende Mitglieder:** Marcel Helwig, Julia Langhammer, Mike Niederstraßer, Antje Oswald
- Gäste:** Martina Juppe, Jakob Fritsche, Edmund Fried, Hauke Rehr
- Sitzungsleitung:** Felix Quittek, Daniel Münch
- Protokollantin:** Frances Karlen

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18: 17 Uhr.

TOP 1 Diskussion und Beschluss: Zusammenarbeit und einen Rahmenvertrag mit dem DMB Jena und Umgebung e.V. * (Mike Niederstraßer)

Felix Quittek:
Er erklärt, dass Mike Niederstraßer um **Vertagung** gebeten hat.

-keine Gegenrede, daher vertagt

TOP 2 Positionierung Onlinewahlen* (Vorstand)

Felix Quittek:
Er und Julia haben Flyer zum Thema Onlinewahlen gestaltet, diese enthalten auch einen Hinweis auf die Urabstimmung. Es wird erwähnt, dass der StuRa Mitkläger im Rechtsstreit zu Onlinewahl an der FSU ist. Es wird aufgerufen bei der Urabstimmung mit „nein“ zu stimmen. Er bittet um einen Beschluss, dass der StuRa sich klar gegen Onlinewahlen ausspricht.

Johannes Struzek:
Er erklärt, dass es eine Beschlussvorschlag im Sitzungsheft gibt. Ein Beschluss würde bedeuten, dass wir einen Aufruf machen, mit „Nein“ zu stimmen.

Abstimmung: 5 / 1 / 1 – angenommen

TOP 3 3. Lesung und Beschluss: Geschäftsordnungsänderung zur Antragsfrist für Finanzanträge sowie 2. Lesung und Beschluss: Änderung Finanzordnung Vorlauf Finanzanträge* (Felix Quittek)

Felix Quittek:
Er erklärt, dass es eine kleine Änderung gibt.

Johannes Struzek:
Er will heute einen Beschluss. Denn es könnte sein, dass dieser TOP kein Sternchentop sein darf. Das muss jetzt schnell geprüft werden .

Für einen Beschluss sind 2/3 der Anwesenden ausreichend. Er **beantragt** außerdem eine **getrennte Abstimmung**.
-keine Gegenrede, damit angenommen

Felix Quittek:

Er verliest einen Kommentar von Mike Niederstraßer. Dieser verweist darauf, dass der Terminus „Antrag“ in „Finanzantrag“ und der Terminus „diese“ in „Tagesordnung“ umbenannt werden muss. Felix Quittek übernimmt die Änderungen. Ihm ist wichtig, dass nach 18 Werktagen der Antrag definitiv auf die TO kommt, um eine gewisse Sicherheit für die Antragsteller zu schaffen.

Peter Held:

Er denkt, dass es sowohl um Finanzanträge und Mittelfreigaben geht, daher sollte die Formulierung „finanzielle Anträge“ lauten.

Johannes Struzek:

Ihm ist die Formulierung zu flexibel. So könnten zu viele sinnlose Anträge gestellt werden. Als alternative Formulierung schlägt er „Finanzanträge nach § 17 und Mittelfreigaben nach § 17 a“ vor.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie bitte darum, dass zukünftig in der zu ändernden Form komplett ausgeführt werden.

Benjamin Rößner:

Er möchte wissen, ob die Nennung von Logo und Namenszug unter § 17 Abs 1 nicht wegen Dopplung überflüssig ist.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass es zwei Logos gibt. Außerdem ist in kleinen Drucken der Namenszug im Logo oft nicht lesbar, daher muss es ergänzt werden

Cindy Salzwedel:

Sie schlägt vor, den Zusatz „lesbar“ einzufügen.

Felix Quittek:

Er übernimmt dies in seinen Antragstext.

Cindy Salzwedel:

Sie möchte von Felix Quittek wissen, ob er seinen Antrag als Vorstandsmitglied für notwendig erachtet.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass er den Antrag als Privatperson gestellt hat. Das Thema wurde bereits vor 2 Monaten angesprochen. Die Erfahrung zeigt dass viele Antragsteller ihre Drucksachen bereits in Auftrag gegeben haben, wenn sie hier auftreten und dann kann das Stura-Logo meistens nicht mehr ergänzt werden. Für den StuRa, aber auch für die Antragsteller ist das eine schwierige Situation. Der vorliegende Antrag wurde von mehreren Personen erarbeitet

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie möchte wissen, wie sich die Diskrepanz von 18 Tagen bzw 24 Tagen innerhalb der Satzungen erklären lässt.

Felix Quittek:

er erklärt, dass es darum geht, wie lang die Frist ist, bis der Antrag auf die Sitzung kommt. In diesem Zeitrahmen können wir den Antrag prüfen. Bei einer schnellen Prüfung, kann der Antrag auch schneller auf die TO.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie will wissen, ob man beantragen kann, dass die Prüfung schneller geht. Weiter will sie wissen, ob § 17 a Referate betrifft.

Felix Quittek:

Er bejaht. Wendet aber auch ein, dass eine inhaltliche Prüfung nicht notwendig ist und daher nur 5 Tage gebraucht werden, bis der Antrag auf die Sitzung kommt.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie fordert für Referate eine Extraregelung.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass die Anträge der FSR Mittelfreigaben sind. Daher ist die Beibehaltung von § 17 a wichtig.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie erklärt, dass andere Vorständen die Regelung müssen können, um Anträge zu blockieren. Sie bittet daher um eine Differenzierung.

Felix Quittek:

Er schlägt vor eine Formulierung einzufügen, die die vorrangige Behandlung von Anträgen von Referaten und beratenden Mitglieder vorsieht.

Johannes Struzek:

Er findet den Vorschlag gut, denn eine Feststellung der Dringlichkeit ist zwar möglich, aber eigentlich gilt es dabei der Vorrang des Antrags aufzuzeigen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie findet die Formulierung „der Vorstand und der StuRa“ ist redundant. Sie will weiterhin das die Ausschlussregel auch für AGs des StuRa gilt.

Peter Held:

Er findet diesen Punkt nicht so entscheidend, denn es kann immer die Dringlichkeit von Anträgen festgestellt werden

Cindy Salzwedel:

Sie möchte wissen, welche Konsequenzen aus diesem Antrag für die Campusmedien erwachsen.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass Anträge der Campusmedien zukünftig als Mittelfreigaben behandelt werden. Bisher bestand keine einheitliche Regelung.

Cindy Salzwedel:

Sie ist der Ansicht, dass der Terminus „Campusmedien“ in den Ordnungen des StuRa nicht festgelegt ist.

Felix Quittek:

Er ist auch der Ansicht, dass dahingehend mehr Klarheit gebraucht wird.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass es strenge Kriterien für die Feststellung der Dringlichkeit gibt. Daher ist er für eine konkrete Ausschlussformulierung.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie möchte wissen, wie die neue Regelung verfahrenstechnisch umgesetzt werden soll. So wie der Text bisher lautet, müsste man eine verkürzte Antragsfrist beantragen. Sie fragt Felix Quittek, ob dieser die Referate und AKs in die Ausschlussregel übernommen hat.

Felix Quittek:

Bejaht.

Johannes Struzek:

Er ist der Ansicht, dass das Gremium über die TO beschließt. Wenn alle der Ansicht sind, dass ein Antrag auf die TO gehört, dann kommt er mit drauf.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie meint, dass für ein solches Vorgehen die GO geändert werden muss.

Johannes Struzek:

Er meint, dass die Zulässigkeit im Ermessen der Sitzungsleitung liegt und unter Hinweis auf §12, ein solcher Antrag dann zu berücksichtigen ist.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie fragt nach, ob die Ausnahmereglung dann mittels eines GO-Antrag beansprucht werden kann.

Johannes Struzek:

Bejaht.

Daniel Münch:

Er ergänzt, dass man gegen Entscheidungen der Sitzungsleitung Einspruch erheben kann und dann das Gremium abstimmt.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie möchte anregen, dass eine Änderung der GO durchgeführt wird, damit die Entscheidung nicht der Sitzungsleitung obliegt.

Felix Quittek:

Er hat gedacht, dass das Gremium alle Beschlüsse des Vorstands aufheben kann. So könnten am Anfang der Sitzung alle Anträge mit auf die TO, die das Gremium für dringend erachtet.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie schlägt vor, diesen Punkt außerhalb der Sitzung zu besprechen und ausgearbeitet auf der nächsten Sitzung zu behandeln.

Cindy Salzwedel:

Sie spricht sich für den Vorschlag aus. Ihr ist eine klare Formulierung wichtig.

Johannes Struzek:

Er erinnert daran, dass dies kein Änderungsantrag, sondern bisher nur ein Vorschlag war. Er findet Felix Quitteks Formulierung am Besten.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie fragt Felix Quittek, ob der die besprochenen Korrekturen übernimmt.

Felix Quittek:

Er würde es übernehmen, dann muss aber das Verfahren definiert werden.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie sieht das genauso.

Felix Quittek:

Er schlägt vor, dass man sich bis zur nächsten Sitzung über das Verfahren einigt. Wenn eine sinnvolle Regelung gefunden wird,

dann übernimmt er die Änderungen. Bis dahin behält er den Antrag in seiner jetzigen Ausführung bei.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie denkt, dass es einen neuen Geschäftsordnungsänderungsantrag geben muss, damit Felix Quittek seinen Antrag aufrecht erhalten kann.

Cindy Salzwedel:

Sie ist dafür, einen solchen Antrag zur nächsten Sitzung zu stellen.

Felix Quittek:

Er schlägt vor, dass bei einer Änderung von Satzungen und Geschäftsordnung, die Liste der beratenden Mitglieder überarbeitet wird. AKs müssen noch in diese Liste aufgenommen werden.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass jedes beratendes Mitglied einen Antrag stellen kann, dass sein Antrag innerhalb von 5 Tagen behandelt wird. Gremiumsmitglieder können diesen Antrag dann übernehmen und damit muss das Anliegen auch innerhalb der 5-Tage-Frist behandelt werden. Als Übergangslösung wäre das durchaus passable.

Felix Quittek:

Er fasst die Änderungen, die bisher besprochen wurden zusammen und erklärt, dass er sie übernimmt. Das bedeutet, dass die Formulierung „diese“ in „Tagesordnung“ geändert wird und das § 5 Abs. 4 GO als vorrangig erachtet wird. Außerdem wird das Attribut „lesbar“ als Ergänzung vor „Namenszug“ eingefügt. Unter § 5 Abs. 1 wird die Formulierung „nach den § 17 und 17 a“ ergänzt.

Carola Wlodarski-Simsek:

Ihr geht es darum, dass ein eingehender Antrag aus einem Referat, AK oder AG nach 5 Tagen auf die TO gesetzt werden muss.

Cindy Salzwedel:

Sie fragt, welche anderen Anträge es gibt.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass es noch GO – Anträge und inhaltliche Anträge gibt.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie findet den Antrag nicht so sinnvoll. Beschlüsse zu einer Positionierung zu bestimmten Themen sind auch sehr wichtig. Zwar kann man immer die Dringlichkeit feststellen, aber unkooperativer Vorstand kann die Regelung nutzen, um bestimmte Themen zu blockieren. Daher spricht sie sich dafür aus, dass auch inhaltliche Anträge wie finanzielle Anliegen von Referaten behandelt werden. Sie will eine Dezentralisierung der Entscheidungsfindung.

Mike Niederstraßer:

Aus seiner Sicht gibt es keinen dringenden Änderungsbedarf. Die Zahl der Anträge, die von Nicht-StuRa-Mitgliedern gestellt werden, ist gering. Daher kann der Vorstand eh nicht viel austachieren. Bei Anträgen zu Finanzierungen ist oft eher das Problem, dass die Anträge unvollständig sind, aber dennoch auf die TO müssen. Dann müssen diese wegen unfertiger Beschlussvorlage abgelehnt werden. Eine Verpflichtung zu einem zügigen Verfahren besteht in Hinblick auf alle Anträge.

Johannes Struzek:

Er fragt, warum man Kompetenz vom Vorstand wegnehmen will. Wenn das Gremium auf der Sitzung die Dringlichkeit für einen Antrag feststellt, dann besteht für den Vorstand eh kein Spielraum. Er denkt, dass nur externe Antragssteller Probleme haben, denn nur dann kann der Vorstand Anträge zeitlich schieben. Daher muss man diese Kompetenz dem Vorstand nicht nehmen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Ihr geht es darum, dass man einen halbwegs universellen Beschluss fasst. Nicht alle Vorstände werden sich um den Kontakt zu den Antragsstellerinnen bemühen. Deshalb befürwortet sie es nicht, zu viele Kompetenzen beim Vorstand zu zentralisieren.

Daniel Münch:

Er denkt, dass wir jetzt schon wieder bei dem Antrag zur nächsten Sitzung sind.

Felix Quittek:

Er denkt, dass die Argumente nur noch wiederholt werden. Er ist dafür, dass wir jetzt abstimmen.

Mike Niederstraßer:

Er bittet, dass die Ergänzung zu § 17a Abs.1 nochmal erklärt wird.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass Unklarheit über die Anträge der FSRs bestand, nämlich ob es sich um Finanzantrag oder Mittelfreigaben handelt. Deshalb wurde die Frage damit definiert. Die FSRs wurden den Campusmedien gleichgesetzt.

Mike Niederstraßer:

Er meint, dass auf die FinO §18 Abs 3 verwiesen werden sollte.

Felix Quittek:

Er übernimmt das.

Cindy Salzwedel:

Sie wendet ein, dass jetzt wieder das gleiche Problem besteht, dass CampusTV nämlich wieder nicht dabei ist.

Felix Quittek:
Er meint, dass es im Moment nicht darum geht.

Abstimmung Änderungsantrag Johannes Struzek: 1 / 5 / 7 - abgelehnt
Abstimmung Änderungsantrag Felix Quittek: 10 / 0 / 3 - angenommen
Abstimmung Finanzordnung Anhang: 10 / 0 / 3 - angenommen
Abstimmung Gesamtantrag ohne § 17 Abs 9 FinO: 10 / 0 / 3 – angenommen

Mike Niederstraßer:
Er weist auf die GO § 12 Abs 6 hin. Es besteht eine Inkonsistenz innerhalb der Ordnung, welche abgebaut werden muss.

Johannes Struzek:
Er wendet ein, dass der Punkt gestrichen wurde.

TOP 4 1. Lesung: Änderung Finanzordnung Bälle als Finanzanträge* (Johannes Struzek)

Johannes Struzek:
Ihm geht es darum, dass viele FSR Bälle und Abschlussveranstaltungen mit mehr als 500,00Euro gefördert haben wollen. Es wurde oft besprochen, dass das zu viel ist und das wir das nicht so stark subventionieren sollten. Daher sollte eine 500,00 Euro-Maximalgrenze festgelegt werden.

Daniel Münch:
Er erklärt, dass die meisten Bälle von externen Antragsstellern organisiert werden.

Armina Arabi:
Sie möchte wissen, wie bisher mit solchen Anträgen umgegangen wurde.

Johannes Struzek:
Er erklärt, dass es bisher keine klare Regelung gab. Er nennt Beispiele für zu hohe Fördersummen. Es soll daher allgemein geregelt werden, dass 500,00 Euro die maximale Fördersumme für Bälle und Abschlussfeiern ist.

Mike Niederstraßer:
Er stellt einen Änderungsantrag: Es wird ein Satz 2 hinzugefügt: „Es gilt die Klausel nach §17 IV der Finanzordnung“ Er will, dass der Vorstand die geänderte FinO bekannt macht.

Johannes Struzek:
Er übernimmt das.

Lisa Karstädt:
Sie möchte wissen, wie sich der Aufwand bei dieser Regelung vom bisherigen Aufwand unterscheidet.

Johannes Struzek:
Er erklärt, dass Anträge mit hoher Fördersumme oft mehrere Teilverträge umfasst. Diese zu prüfen und zu bearbeiten ist sehr zeitintensiv.

Lisa Karstädt:
Sie will wissen, ob diese Menge an Arbeit wegfallen würde.

Johannes Struzek:
Er erklärt, dass bei Anträgen der FSRs eine Menge Arbeit wegfallen würde. Wenn es externe Gruppen sind, dann bleibt der Aufwand gleich.

Meinungsbild: 10 / 0 / 0

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen.

TOP 5 Umgang mit Mailverteiler [alle Stud.]* (Technikbetreuung)

Felix Quittek:
Er erklärt, dass durch das Rechenzentrum Mailinglisten erstellt werden können, mit denen alle Studierenden erreicht werden können. Das Missbrauchspotential für solche Mailverteiler muss eingeschränkt werden.

Daniel Münch:
Er meint, dass bei Zwangsliste ein sparsamer Gebrauch angeraten ist.

Cindy Salzwedel:
Sie es sinnvoll eine festgelegt Handhabung zu schaffen. Der Vorstand muss eine Anweisung bekommen, wann sie einen solche Liste verwenden dürfen. Ein klarer Rahmen muss festgelegt werden.

Marcus Müller:
Er erklärt, dass einige wichtige Punkte bereits im Antragstext aufgeführt sind. Es ist vorgesehen, dass keine großartige Nutzung der Liste stattfindet und Vorsicht geboten ist.

Cindy Salzwedel:

Sie fragt, welche Angst hinter dem Antrag steht.

Marcus Müller:

Wir haben uns mit der Bitte an die Universität gewendet, eine Mailliste zu erstellen, mit der wir alle Studierenden kontaktieren können. Aber die Universität hat das abgelehnt. Das Rechenzentrum erstellt die Liste für uns dennoch. Die Studierenden können sich aus der Liste nicht austragen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie ist dafür, dass das Gremium entscheidet, wann eine solche Liste angewendet wird. Ihr würde vorschweben, dass nur administrative Angelegenheiten über diesen Verteiler verbreitet werden und nicht etwa irgendwelche Informationen zu Veranstaltungen. Dazu zählen Urabstimmungen, Wahlen und Vollversammlungen, aber keine inhaltlichen Sachen. Über einen Disclaimer könnte auf den StuRa-Newsletter hingewiesen werden.

Felix Quittek:

Er will sich anschließen, sieht aber keinen Grund für einen Beschluss.

Christina Wendt:

Sie möchte wissen, ob es auch eine Liste gibt, über die man alle ausländischen Studierende erreichen kann.

Marcus Müller:

Er glaubt das nicht, aber man kann nachfragen.

Amina Arabi:

Sie möchte wissen, was Christina genau mit ausländischen Studierenden meint.

Christina Wendt:

Sie erklärt, dass sie alle nicht-deutschen Studierenden erreichen will.

Amina Arabi:

Sie erklärt, dass man Bildungsinländer nicht erreicht.

-es entsteht ein Zwiegespräch zwischen Amina Arabi und Christina Wendt

Johannes Struzek:

Er spricht sich gegen einen vierteljährigen Newsletter aus. Es gibt Ausnahmefälle, nämlich wenn man ereignisorientiert Mails versenden muss. Er findet, dass ein StuRa-Beschluss die Nutzung klar regeln muss. Man muss die Dauer des Prozesses bedenken, wenn solche allgemeinen Mails versendet werden sollen. Er findet es durchaus sinnvoll, wenn ein StuRa-Vorstand die Nutzung dieser allgemeinen Zwangsliste beschließt.

Carola Wlodarski-Simsek:

Ihr fehlt in der Beschlussvorlage eine Regelung zum Inhalt der Mail. Die zu klärende Frage ist, was soll versendet werden. Zwangslisten sollen nicht missbraucht werden.

Daniel Münch:

Er ist für den Vorschlag, in der ersten Mail an alle Studierenden auf den StuRa-Infomverteiler zu verweisen. Administrative Angelegenheiten sollen auf jeden Fall über die Liste versendet werden, dass kann der Vorstand durchaus automatisch regeln. Inhaltliche Mails sollen im Gremium nochmal besprochen werden.

Kai Bekos:

Er schließt sich Carola Wlodarski-Simsek an.

Jakob Fritsche:

Er berichtet, dass es in Marburg auch einen Mailverteiler gibt, mit dem man alle Studierenden erreicht. Einmal im Semester wird darüber eine E-Mail versandt. Auch hier geht es vorrangig um administrative Angelegenheiten. Eine Seite ist für den Studierendenrat und dann gibt es je eine viertel Seite pro FSR.

Mike Niederstraßer:

Er ist dafür, dass die Möglichkeiten offen gestaltet werden, denn was in zwei Jahren ist, kann man nicht wissen. Als Selbstbeschränkungsregel sollte man sich vornehmen, nur das über den Verteiler zu verschicken, was man auch auf einer Vollversammlung besprechen würde. Die Liste sollte immer anders benannt werden, dann kann man das nicht in den Spamordner verschieben.

Daniel Münch:

Er hat zwei Änderungsanträge: Der Verteiler dient der Bewerbung von allen Urabstimmungen, Vollversammlung und bundesweiten Wahlen und Zusenden des Tätigkeitsberichts. Der Vorstand organisiert die Verschickung. + Verweis auf Newsletterliste.

Sowie: Das Gremium darf beschließen, den Verteiler zusätzlich zu nutzen, um hochschulpolitische Informationen zu verteilen und hochschulpolitische Aktionen zu bewerben mit 2/3 der Anwesenden.

Johannes Struzek:

Er möchte ergänzen, dass der Tätigkeitsbericht mit verschickt wird, denn auch der sollte eigentlich auf einer Vollversammlung vorgestellt werden.

Felix Quittek:

Er berichtet, dass dieser Antrag morgen auch auf der FSR-Kom besprochen wird. Man kann überlegen, ob es für jedes Institut und jede Fakultät einen eigenen Verteiler gibt.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie schlägt vor, dass es dafür solche Maillisten gleiche Kriterien gibt: Inhalte sollen vom Gremium beschlossen werden, administrative Angelegenheit sollen durch den Vorstand geregelt werden.

Daniel Münch:

Er wendet ein, dass Listen für Institute und Fakultäten nur Studierende des Erstfaches erfassen würde. Das würde bedeuten, dass Studierende des Zweitfach und Lehramtsstudierende nicht erreicht werden.

Mike Niederstraßer:

Er will, dass nachgefragt wird, wie die Promotionsstudierenden erreicht werden.

Marcus Müller:

Er meint, dass man die Mitarbeiter auf einer separaten Liste erreichen kann.

Johannes Struzek:

Er meint, dass der StuRa über die Verwendung der Mailingliste entscheiden sollte und nicht die FSR-Kom. Es gibt keine Veranstaltungen, die alle interessieren und daher sollten inhaltliche Angelegenheit nicht über die Liste verbreitet werden.

Cindy Salzwedel:

Sie ist dafür, dass die formalen Mitteilungen automatisch von Vorstand versandt werden und dafür sollten wir einen festgesetzten Rahmen ausarbeiten.

Daniel Münch:

Er verliest seine Anträge.

Marcus Müller:

Er erinnert daran, dass die FSRs ihre eigenen Newsletter haben und diese sollte reichen, um alle Interessierten zu informieren. Er denkt, dass nur Personen, die sich freiwillig auf solchen Listen eingeschrieben haben, mit den Mails kontaktiert werden,

Felix Quittek:

Er findet Jacobs Vorschlag sehr gut, einmal pro Semester einen gemeinsamen Newsletter zu erstellen. Bevor dieser versendet wird, sollte dieser dem StuRa immer nochmal vorgestellt werden.

Carola Wlodarski-Simsek:

Er denkt, dass es sich um getrennte Anträge handelt.

Cindy Salzwedel:

Sie findet es gut, wenn die Versendung von administrativen Belangen automatisch erfolgt. Zwangsbespamung ist nicht gut und deshalb sollten nur formale Fakten mitgeteilt werden.

Johannes Struzek:

Er möchte dem Gremium das Recht einräumen, dass auch HoPo - Inhalte versandt werden, aber in solchen Fällen sollte die Versendung mit einer 2/3-Mehrheit der Anwesenden beschlossen werden.

Daniel Münch:

Er übernimmt das.

Carola Wlodarski-Simsek:

Er fragt, ob Johannes Struzek den disclaimer für den StuRa-Newsletter in der ersten Rundmail übernimmt. Sie erklärt, dass es in den nächsten Jahren andere Gremienzusammenstellungen mit anderer politischer Ausrichtung geben wird. Wenn diese Mails „pro-Studiengebühren“ versenden würden, würde sie das auch nicht lesen wollen. Daher ist sie dagegen, dass wir den Mailverteiler für inhaltliche Angelegenheit nutzen.

Daniel Münch:

Er übernimmt das.

Kai Bekos:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste**.

Julian Volk:

Er findet es gut, aber stellt sich vor, dass sich Studierende wieder für Hochschulpolitik interessieren. Und dann, dass wir einen RCDS-dominierten StuRa hätten, der eine „pro-Studiengebühren“-Rundmail schreibt. Dann könnten die Leute aufgerüttelt werden. Er spricht sich dafür aus, dass regelmäßig die Einladungen zu den StuRa-Sitzungen rumgeschickt werden.

Mike Niederstraßer:

Er erinnert daran, dass es Diskussion zu Zwangslisten mit der Universität gab und wir das damals abgelehnt haben. Daher möchten wir uns auch für uns selbst daran halten. Er schlägt vor, dass nur Sachen von vitalem Interessen versendet werden. Er ist außerdem der Überzeugung, dass mehr senden nicht automatisch mehr informieren heißt. Er meint, dass es um gezielte Information geht. Die vorgeschlagene 2/3-Regelung findet er nicht gut, denn die gestuften Quoren haben eine andere Relevanz. Auch die Öffnungsklausel für HoPo findet er nicht gut, denn dass ergibt eine Sonderstellung.

Abstimmung:

Vorstand für 4Formalia, Vorstand und Disclaimer: 11 / 0 / 1 - angenommen

Sonderregelung für HoPo: 2 / 8 / 2 - abgelehnt

Sonderfälle über Gremium: 11 / 1 / 0 - angenommen

Vorrangig Administratives + halbjähriger Newsletter: 4 / 5 / 3 - abgelehnt
Gesamtantrag: 11 / 0 / 1 - angenommen

TOP 6 Berichte

Johannes Struzek:
Er stellt einen **GO – Antrag auf Unterbrechung des TOP Berichte.**
-keine Gegenrede, damit angenommen

TOP 7 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Daniel Münch:
Er stellt fest, dass 10 Gremiumsmitglieder anwesend sind. Damit ist die Beschlussfähigkeit gewährleistet.

vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1 Diskussion und Beschluss: Zusammenarbeit und einen Rahmenvertrag mit dem DMB Jena und Umgebung e.V. *
(Mike Niederstraßer)
- TOP 2 Positionierung Onlinewahlen* (Vorstand)
- TOP 3 3. Lesung und Beschluss: Geschäftsordnungsänderung zur Antragsfrist für Finanzanträge sowie 2. Lesung und Beschluss: Änderung Finanzordnung Vorlauf Finanzanträge* (Felix Quittek)
- TOP 4 1. Lesung: Änderung Finanzordnung Bälle als Finanzanträge* (Johannes Struzek)
- TOP 5 Umgang mit Mailverteiler [alle Stud.]* (Technikbetreuung)
- TOP 6 Berichte
- TOP 7 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 8 M-052-2012: Chemikerball (FSR Chemie)
- TOP 9 M-051-2012: Internationale Tage (Int.Ro)
- TOP 10 M-071-7017:Herbstacademie BdWi (Mike Niederstraßer)
- TOP 11 Sonstiges

Johannes Struzek:
Er stellt einen Dringlichkeitsantrag für eine Mittelfreigabe für Werbemittel. Die Produktionszeit ist sehr lang, dass konnte aber erst jetzt festgestellt werden, denn die Kostenvorschläge sind erst jetzt eingegangen. Für die SofaTage wird es z. B. Knapp, die Werbemittel noch rechtzeitig zu erhalten.
Er stellt einen zweiten Dringlichkeitsantrag auf einen Beschluss zur Positionierung zum Rücktritt des Vorstandsmitgliedes vom fzs.

Mike Niederstraßer:
Er stellt einen Dringlichkeitsantrag zum weiteren Vorgehen in Hinblick auf die Erhöhung der Beiträge an die Studierendenschaft. In einem Gespräch mit dem Anwalt hat er das weitere Verfahren besprochen. Aufgrund der Nähe zur Rückmeldung muss er das angedachte Verfahren heute vorstellen wir müssen uns sofort entscheiden.

Dringlichkeit wird festgestellt für alle 3 Anträge: 10 / 0 / 0 – angenommen

Carola Wlodarski-Simsek:
Sie schlägt vor, die TOPs aus Johannes Struzek gleich nacheinander abzuarbeiten und nach TOP 8 als TOP 8a und 8b zu behandeln. Mike Niederstraßers Antrag soll als TOP 7 A behandelt werden.

beschlossene Tagesordnung:

- TOP 1 Diskussion und Beschluss: Zusammenarbeit und einen Rahmenvertrag mit dem DMB Jena und Umgebung e.V. *
(Mike Niederstraßer)
- TOP 2 Positionierung Onlinewahlen* (Vorstand)
- TOP 3 3. Lesung und Beschluss: Geschäftsordnungsänderung zur Antragsfrist für Finanzanträge sowie 2. Lesung und Beschluss: Änderung Finanzordnung Vorlauf Finanzanträge* (Felix Quittek)
- TOP 4 1. Lesung: Änderung Finanzordnung Bälle als Finanzanträge* (Johannes Struzek)
- TOP 5 Umgang mit Mailverteiler [alle Stud.]* (Technikbetreuung)
- TOP 6 Berichte
- TOP 7 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 7a Umgang mit der Ablehnung der Beitragsordnung
- TOP 8 M-052-2012: Chemikerball (FSR Chemie)
- TOP 8a Mittelfreigabe für Werbematerialien
- TOP 8b Stellungnahme zum FZS
- TOP 9 M-051-2012: Internationale Tage (Int.Ro)
- TOP 10 M-071-7017:Herbstacademie BdWi (Mike Niederstraßer)
- TOP 11 Sonstiges

Abstimmung: 8 / 0 2 - angenommen

Fortsetzung TOP 6 Berichte

TOP 6 Berichte

Marcel Helwig:

Das Lehramt hat eine Evaluation der Veranstaltungsreihe „LEHRAMT ALS MEHRAMT“. Haben Eltern und Lehrer eine Chance auf ein Dreamteam. Es war durchwachsen. Es waren verschiedene (ca. 30-50) Leute anwesend, daher gab es auch unterschiedliche Evaluationsergebnisse. Er verteilt ein Beispielfrageblatt zur Ansicht. In der Stadt und auch in der Vorlesung wurde dafür geworben. Das Interesse war überwältigend positiv. Es war mindestens immer eine drei. Jetzt können wir endlich Themen angehen, die wirklich vernachlässigt werden. Themen, die die Leute interessieren. Sie hoffen auf Anregungen, welche Themen noch bearbeitet werden können. Schnittstellenthemen sind wichtig. Im Großen und Ganzen war es ein Erfolg und keine Fehlinvestition.

Daniel Münch:

Er ist später gekommen, weil er im Fakultätsrat war. Es war eine gefüllte Sitzung. Die Umstrukturierung war ein großes Thema. Es führte zu reger Diskussion. Die Studenten fühlten sich uninformiert. Der Dekan bekam Briefe von den FSRäten. Es ging um die Frage, ob sie an den Gesprächen beteiligt werden. Dafür wird es ein Fakultätsplenum geben. Soll sich der StuRa damit befassen? Zuvor ist das Dornburger Professorium. Nach dem 27. Juli 2012 gibt es die erste Lesung, danach berichtet er wieder. Nach der Wahl sollen andere Studierende in der Fakultät die Arbeit fortführen. Der Dekan macht nichts, was mehr als eine Statusgruppe ablehnt. Er kennt die Standpunkte und ist dran.

Morgen ist FSR-Kom ab 18:00 Uhr

Julian Volk: Es gibt einen Brief von FSR VKKG. Durch die Umstrukturierung entstehen auch Existenzängste. Sie beziehen sich darauf, dass ein Lehrstuhl durch Prof. nicht besetzt ist.

Daniel Münch:

Es standen nur 15min zur Verfügung, deshalb wurde nicht über alles gesprochen. Die Stimme der Volkskunde wird wachgehalten.

Mike Niederstraßer berichtet aus dem Senat:

Es ist klar zu sehen, es gibt Gedanken einzelner Institute, ob diese wegfallen oder zusammenfallen zu lassen. Es sehr viele kleine Institute, da ist das sehr wahrscheinlich. z. B. das Philosophisch Institut.

Was die Existenzängste betrifft, ist das so nicht konkret, aber auch nicht auszuschließen.

Es werden Stellen gestrichen, wo Professoren wegfallen bzw. nicht besetzt sind. Hier sind Änderungen zu befürchten.

Julian Volk: Professor ist ein Beruf, für wie lange?

Daniel Münch: Im Normalfall bis zur Pension. Geht er in Pension wird die Stelle danach besetzt oder gestrichen. Der Studiengang bleibt, aber das Institut fällt weg.

Carola Wlodarski:

Sie hat gleich 4 Berichte.

Morgen, für 11:00 Uhr hat der AK Systemakkreditierung ein Treffen einberufen zur Evaluationsordnung. Die AG Qualitätssicherung in der Lehre trifft sich 18:00 Uhr im Senatssaal, um die Evaluationsordnung zu besprechen. Bislang gibt es keine Rückmeldung, nur eine Inhaltliche. Keine Ahnung, ob jemand kommt oder nicht.

Der Studierendenbeirat traf sich gestern. Felix ist als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Er wird Cindy unterstützen. Der Jahresbericht kann bei ihr angefragt werden. Er wird auf der nächsten Sitzung vorgestellt.

Die Hauptwohnsitzkampagne wurde besprochen. Mit dem Ausgang, sich noch einmal zu treffen mit den „Goldenen Zwanziger“ und ausgewählte Vertreter des Studierendenbeirates werden dabei sein

Das Haus auf der Mauer wurde noch besprochen. Es wird sich weiter informiert durch das Rechtsamt. Projektstelle wird herausgezogen.

Weitere Berichte:

Bericht vom FH StuRa:

Es wurde sich wohl für zwei Volldelegationen für den Studierendenbeirat entschieden. Sie hofft, sie haben es getan. Stellvertretung wird ausgeschrieben.

Die Semesteranfangsparty ist wohl vom StuRa nicht freudig aufgenommen worden aus verschiedenen Gründen: Finanzierung vom FH-StuRa erwartet wird. Die FH gibt nichts dazu. Das Volumen von 27 T€ ist zu hoch sowie die Sinnhaftigkeit wurde in Frage gestellt.

Ankündigung in eigener Sache: Sie möchte den Posten der FH-Beauftragten wieder abgeben. Sie schafft es zeitlich nicht mehr. Bis spätestens Ende des Semesters will sie es abgeben.

DJR – heutiges Treffen. Weltkindertag – hat schon eine Mail herumgeschickt. Der StuRa hat einen Stand von 4 Tischen und 2 Pavillons. Es ist die Fläche vor der Tiefgarage. Sie ist wie letztes Jahr bereits vor reserviert. Sie bittet das Gremium, die Auslagen mit Inhalt zu füllen. Das Thema ist: FAIR (Welthandel, Konsum, Verhalten untereinander). Die Partnerstadt ist Erlangen. Sie freut sich, wenn sich Leute finden würden, die etwas machen wollen. Die Kinderuni ist auf jedenfall vertreten. Wer etwas machen möchte, soll sich bis Ende Juli an sie wenden.

Annika Rehe:

Der AK studierende Eltern würde sich gern beteiligen, hat aber zu wenig Leute und zu viele Baustellen im Moment. Wenn sich

jemand finden würde, wäre das gut.

Johannes Struzek: Er hat von den Psychologen gehört, dass sie die StuRa-Sitzungen evaluieren. Ein Bogen zur Anschauung liegt vor.

Felix Quittek: Das ist nicht von den Psychologen, sondern von ihm und Annie und ein bißchen Daniel.

Johannes Struzek: Er hat den Bogen auf seinen PC.

Felix Quittek: Er sollte heute ausgeteilt werden. Er sollte vorgestellt, ausgefüllt und darüber diskutiert werden. Einmalig, danach immer digital. Er sollte zu Beginn der Sitzung ausliegen.

Annika Rehe: Digital nach der Sitzung? Keine Onlinewahl. Aber Evaluation online?

Felix Quittek: Er hat kein Problem es schriftlich zu machen. Es kann auch dringend auf die TO aufgenommen werden. Er bittet Johannes, die Bögen auszudrucken und auszulegen.

Annika Rehe: Im Haushalt wurde Geld eingestellt für eine potentielle Krabbelgruppe. Sie sind jetzt in der Lage ab dem 27.07.2012 jeden zweiten Freitag im Monat ein Treffen einer Krabbelgruppe stattfinden zu lassen. Jeder kann dabei sein. Sie fragt nach, ob es eine Behindertenvertretung im StuRa gibt? Es geht um den Wickeltisch in den barrierefreien Toiletten. Diese sind Kinderwagen nicht zugänglich.

Felix Quittek: Heute waren früh und nachmittags Semesterticketverhandlungen. Sie haben eine nutzungsabhängige Rechnungsweise. Es gibt keine Anhebung. Vorgelegt bekommen von einen Wirtschaftsprüfungsunternehmen: Rechnung nutzungsabhängig. Die Erhöhung kommt in zwei Schritten. Der erste erfolgt auf 63,00 € und der zweite dann auf 68,00 € später. Die Anpassung erfolgt nach Schülermonatsticket und Verkehrsanpassung.

Er ist damit ziemlich unglücklich, will aber keinen Konfrontationsweg gehen. Es soll bis August die nächste Verhandlungsrunde sein. Bis dahin sollten wir uns einig sein, was wir wollen. Es ist das letzte Angebot seitens des Nahverkehrs.

Mike Niederstraßer: Sie sind uns etwas entgegengekommen. Die letzte Forderung lag bei 78,00 € und jetzt sind sie bei 68,00 €. Die Anhebung erfolgt nicht in einem Schritt. Im Jahr 2013/2014 folgt die Anhebung auf 63,00 €, dann auf 68,00 € bis 2020.

Nutzungsquote wurde berechnet. Sie sind uns zum Teil entgegengekommen. Ihre Berechnung stammt aus dem 60ern.

Es gab ein Lockangebot: Wir sollen jetzt abschließen – als Berechnungsgrundlage für Schülerinnen 37,80 €. Unterschreiben wir erst im nächsten Jahr, dann gelten die nächsten Preise also 39,?? €. Der Schritt könnte aber auch größer sein.

Vertragslaufzeit: zwei Jahre, evtl. auch 3 Jahre – Gleitklausel – 4-5% sind dann drin. Kein Vertrag von nur 1 Jahr.

Nicht im Verhandlungsbereich – Nachfahrten, Abdeckungen Dörferlinien, kein Bestandteil VMT und Bahnticket, noch zu verhandeln – Stadtanteil von 2,00 €. Das können wir aber nicht in dem Vertrag festlegen, was uns die Stadt geben soll bzw. könnte. Nicht aller zwei Jahre, sondern aller 5 Jahre eine Erhebung.

Angebot liegt vor. Kann eingesehen werden. Wie gehen wir damit um? Baldmöglichst mit der Stadt darüber diskutieren über den Zuschuss. Grundsätzlich dazu stehen. Keine Mobilität bei der 2,3 – politischer Wert. Es scheint eine Kalkulationsgrundlage zu haben, welche eine Verhandlungsgrundlage ist, aber

Es geht streng weiter. Kommt es zur Urabstimmung – dann im nächsten Sommer, dann wäre der Ticketpreis so nicht zu halten. Wenn erst im Sommer, dann die Rückmeldungen schon gelaufen, dann gleich auf 68,00 €.

Felix Quittek: Nicht nur meine und Mikes Meinung – auch Eure ist uns sehr wichtig.

Carola bitten um eine kurze schriftliche Zusammenfassung, um es noch einmal in Ruhe lesen zu können.

Carola Wlodarski-Simsek:

Zwischen dem 05.07.2012 und dem 10.07.2012 soll es eine Wohnheimrunde geben, wegen den Sofatagen. Wenn weitere Infos verteilt werden sollen, dann bitte per E-Mail an sie. Bei den Sofatagen gibt es kleines Zelt. Sie kann es aber nicht besetzen, deshalb sucht sie Leute, die die Öffentlichkeitsarbeit machen.

Referate und AKs sind aufgerufen, ihr Informationen zu kommen zu lassen. Vom 19.07.2012 bis zum 22.07.2012 sind die Sofatage. Bitte rechtzeitig bei ihr melden!

Mike Niederstraßer:

Die Wohnungsgenossenschaft „Aufbau“ möchte ein Studierendenwohnheim bauen.

Am Freitag, um 8:30 Uhr ist die Grundsteinlegung. Er überbelegt, dort hin zu gehen. Ein Banner wird dort aufgehangen.

Engagiertes Auftreten dort ist wichtig.

Eine Investmentfirma möchte auch ein Wohnheim schaffen, und zwar im Eckolstädter – Plattenbau. Dort gibt es die Möglichkeit des Fahrradausleih, dort gibt KiTa-Plätze, Platz Musikräume im Keller, etc. - also studentisches Projekt. Die Wohnheim-Kampagne zeigt also erste Erfolge.

Johannes Struzek:

Er berichtet von der Pressemitteilung zur Wohnsituation.

Das Campus-TV hat sich mit dem Thema Satzung befasst und einen Entwurf angefertigt.

Er war auf Weiterbildung zum Thema Arbeitsrecht.

TOP 7a weiteres Vorgehen Verfahren Beitragsordnung / Rechtsschutzmöglichkeiten

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass sein Anwalt und er im Rahmen des Widerspruch gegen die Ablehnung der Betragserhöhung Überlegungen zu weiteren Verfahren angestellt hat. Einen Widerspruch einlegen, heißt im Verfahren zu bleiben. Aber wegen Rückmeldung bringt das nichts mehr für das kommende Semester. Das Problem an einer Klage ist, dass das Haushaltsjahr vorbei ist, bevor ein Urteil gesprochen ist und dann wären wir sowieso wegen Zeitablauf klaglos gestellt. Daher schlägt er ein Eilrechtsschutzverfahren vor. Die Hochschule muss verpflichtet werden, dass Geld einzunehmen. Wenn sie das nicht machen, würde das die Argumentationskette verkürzen und einer Vorwegnahme des Verfahrens gleichkommen. Daher sähe die Lösung

wie folgt aus: Der StuRa muss die Hochschule auffordern, den Beitrag vorläufig einnehmen und ihn zu sperren, um es im Zweifelsfall zurückzahlen. Wenn sich die Hochschule weigert, dann haben wir einen anfechtbaren Verwaltungsakt. Das Problem ist nur, dass es noch morgen früh durchgesetzt werden müsste.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass die Rückmeldeunterlagen schon raus sind. Er stellt die Frage, ob das als noch was bringt.

Anika Rehe:

Sie wendet ein, dass sich der StuRa jetzt zwar auf dieses Verfahren einig kann, aber einige haben dann schon den Semesterbeitrag überwiesen. Natürlich könne man nachüberweisen, die Frage ist dann nur, wie das organisatorisch überhaupt geht.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass die Lösung dieser technischen Problems der Universität überlassen werden soll und man hier nur eine generelle Entscheidung trifft.

Felix Quittek:

Er fragt Mike Niederstraßer, ob er das weiter übernimmt. [Mike Niederstraßer nickt zustimmend.] Der soll StuRa beschließen, dass Mike Niederstraßer beauftragt wird und Verfahrensvorschlag übernommen wird.

Johannes Struzek:

Er will wissen, was der Vorstand dazu tun muss.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass die Aufgabe des Vorstands darin besteht die Mandatierung zu unterzeichnen.

Abstimmung: 8 / 0 / 1 – angenommen

TOP 8 M-052-2012: Chemikerball (FSR Chemie)

-wegen Nichtanwesenheit der Antragsteller vertagt

TOP 8 a Werbematerialien

Johannes Struzek:

Er weist darauf hin, dass auf der allerletzten Seite der Antrag abgedruckt ist. Es geht darum, dass Ahoi-Brausen bedrucken und verschenkt werden sollen. Es gibt dafür verschiedene Optionen. Der Preis variiert je nachdem wie viele Farben verwendet werden und ob der Druck doppelseitig ist. Der Grundpreis liegt aber immer bei knapp 1.000,00 Euro plus Mehrwertsteuer. Sein Vorschlag ist jetzt 1.400,00 Euro freizugeben für einen zweiseitigen, vierfarbigen Druck. Ein erster Entwurf für den Druck liegt vor. Zu entscheiden ist nur, ob wir diese Art Werbung wollen und wenn ja, in welchem Umfang.

Anika Rehe:

Sie will wissen, wie die Verteilung ablaufen soll.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass die Brause vorrangig auf den Sofatagen und dem Markt der Möglichkeiten verteilt werden soll. Denn Rest kann man auf anderen Veranstaltungen verteilen.

Felix Quittek:

Er hat riesiges Bauchweh bei dem Antrag. Im Haushalt sind keine Mittel für Merchandising eingeplant. Ihm ist bewusst, dass die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden muss, aber dennoch sollte man mit Inhalten werben. Dieser Antrag geht gegen unsere Nachhaltigkeitsrichtlinien und gegen unser Selbstverständnis.

Clemens Beck:

Er will wissen, ob es schon irgendeine Überlegung gibt, was auf die Brausebeutel gedruckt werden soll.

Johannes Struzek:

Er zeigt das Bild, dass auf die Brause gedruckt werden soll.

Mike Niederstraßer:

Er verliest die Zusammensetzung von Ahoi-Brause. Er denkt, dass kann man soviel Chemie niemanden antun kann.

Carola Wlodarski-Simsek Wlodarski-Simsek:

Sie fragt sich nach der inhaltlichen Aussage von Ahoi-Brause. Sie sieht darin eher ein „Saufuntensiel“. Sie schließt sich Felix Quittek an und glaubt nicht, dass diese give-away einen Effekt hat.

Julian Volk:

Er kann die Kritik verstehen, aber dennoch findet er die Idee nicht schlecht.

Anika Rehe:

Sie kann Felix Quittek in Hinblick auf das Merchandising verstehen. Die Blöcke und Stifte, die der StuRa verschenkt hat, sind immer noch ein großes Thema in der Studierendenschaft.

Daniel Münch:

Er stellt sich die Frage, ob wir eine solch große Menge Brausepulver wirklich verteilen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie denkt, dass wir bisher sinnvollen Mitteln Werbung gemacht haben und das funktionierte nicht. Aber wollen deshalb jetzt mit sinnlosen Mittel werben. Sie denkt, dass eine Bestellung von 10.000 Flyer besser ist, als die Brause. Wenn wir etwas verschenken, dann etwas, dass fairtrade ist.

Peter Gericke:

ER denkt, dass Süßigkeiten einen positiven Effekt haben.

Johannes Struzek:

Er ist für give-aways. Bei Veranstaltung sieht man den StuRa oft zu wenig. Die Brause kann man weitergehend verwenden und bei mehreren Veranstaltungen verteilen. Er hält den Antrag für eine gute Idee.

Mike Niederstraßer:

Er ist der Ansicht, dass im Haushalt give-aways und Merchdasing gestrichen wurden. Der StuRa sollte inhaltliche Arbeit leisten und Brausepulver hat keine inhaltliche Botschaft.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie meint, dass den Studierenden auch nicht klar wird, was der StuRa ist und was er macht, wenn wir auf FSR-Parties Brausepulver verteilen. Es wirkt eher aufdringlich, weshalb man lieber ein Info-Zelt aufbauen sollte.

Felix Quittek:

Er hat den Eindruck, dass ein großes Bedürfnis besteht, den Studierenden etwas zukommen zu lassen. Aber wenn so etwas gewünscht ist, dann doch lieber mittels eines vegetarischen Frühstücks oder etwas anderes, was unseren Kriterien entspricht.

Anika Rehe:

Sie ist der Ansicht, dass man mit einem vegetarischen und veganem Grillen immer nur das gleiche Publikum anzieht. Sie ist der Ansicht, dass man den give-aways nicht ansehen sollte, dass sie fairtrade sind.

Julian Volk:

Er schließt sich an. Er hört immer wieder, dass der StuRa ein langzeitstudentisches Image hat. Aber wir müssen zu unserem bisherigen auch ein neues, anderes Klientel abholen. Dafür müssen wir uns freimachen von blockierenden Denkweisen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie erklärt, dass der StuRa viele Veranstaltungen durchführt. Die Wahrnehmung ist immer wieder, dass der StuRa aus einem Haufen Hippies besteht. Sie kann sich nicht vorstellen, dass Ahoi-Brause daran etwas ändert. Die Gremiumsmitglieder werden nur wegen etwas Brause auch nicht länger auf Gremiumssitzung anwesend sein. Die Frage ist, ob wir ein Konsumhaufen sind oder einen Wertanspruch haben.

Johannes Struzek:

Er will darauf hinweisen, dass Merchandising nicht explizit abgeschafft wurde. Es geht darum, dass ein anderes Klientel bzw. eine breite Maße innerhalb der Studierendenschaft anzusprechen. Wenn diese Mittelfreigabe abgelehnt wird, dann will er wissen, ob Ahoi-Brause genereller abgelehnt wird.

Julia Langhammer:

Sie will wissen, aus welchem Topf das Geld kommt.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass das Geld aus dem Topf Öffentlichkeitsarbeit kommt.

Julia Langhammer:

Sie will wissen, ob das mit den Öffentlichkeitsreferentinnen abgesprochen ist.

Johannes Struzek:

Er verneint, es gibt keine Absprache mit den Öffentlichkeitsreferentinnen. Aber die Idee liegt ihnen vor.

Julia Langhammer:

Sie ist der Ansicht, dass der Antrag wegen des Geldes mit den Referentinnen besprochen werden soll, ansonsten ist es unfair diesen gegenüber.

Daniel Münch:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Abbruch der Debatte und sofortig Abstimmung**.

Mike Niederstraßer:

Er formuliert **inhaltliche Gegenrede**, denn es besteht noch Diskussionsbedarf.

Daniel Münch:

Er **zieht seinen Antrag zurück**.

Felix Quittek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Vertagung des TOP**.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie erinnert daran, dass aufgrund der langen Produktionszeit die Dringlichkeit festgestellt wurde. Daher formuliert sie eine **Gegenrede**. Sie schlägt vor im Büro zu schauen, ob die Referentinnen anwesend sind oder sie telefonisch zu befragen.

Julian Volk:

Er ist der Ansicht, dass die Sicht des Öffentlichkeitsreferat nicht entscheidend, ist daher ist er dagegen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie fragt, was ist, wenn das Geld bereits verplant ist

Abstimmung über die Vertagung des TOP: 4 / 4 / 0 - abgelehnt

Daniel Münch:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Abbruch der Debatte und sofortige Abstimmung.**

Julian Volk:

Er stellt eine **formale Gegenrede.**

Abstimmung: 2 / 3 / 4 - abgelehnt

Julian Volk:

Er meint, es geht nicht mehr darum, dass wir die Leute inhaltliche ansprechen, sondern, dass man andere Klientel als sonst gewinnt. Das ist vielleicht unauthentisch, aber es wäre ein Einzelfall.

Frances Karlen:

Sie schlägt vor im Protokoll zu prüfen, ob Merchandising gestrichen wurde oder nicht. Ansonsten schlägt sie den Kompromiss, die Aktion ansich durchzuführen, aber als give-aways ein fairtrade-Produkt zu verwenden.

Felix Quittek:

Er fragt sich, ob solche Aktionen wirklich notwendig sind, um neue Leute zu gewinnen. Er ist gegen Sexismus und dann kann er auch keine nackten Frauen auf Plakate drucken.

Julia Langhammer:

Sie stimmt Felix Quittek völlig zu, dass man mit einer solcher Werbeaktion die StuRa-Arbeit konterkarieren. Eine Werbeaktion sollte mit der inhaltlichen Arbeit des StuRa konform gehen und Werbeeffekt passt überhaupt nicht zu uns. Die geplante Aktion ist der inhaltlichen Arbeit überhaupt nicht angemessen.

Julian Volk:

Er ist der Auffassung, dass die ganze Diskussion nur zeigt, wie weit weg man von den Studierenden ist. Der StuRa muss weg von seinem Alternativ-Image.

Peter Gericke:

Er weiß, dass Ahoi-Brause nicht dazu führen wird, dass Gremiumsmitglieder länger auf Sitzung bleiben. Aber er denkt, dass nach außen Image wichtiger ist als die eigentliche inhaltliche Arbeit. Er meint, dass es durchaus möglich ist, einen Kompromiss zu finden.

Julia Langhammer:

Sie wirft die Frage auf, was bringt denn Image bringt, wenn die Studierenden dann den StuRa und das, wofür er steht, ablehnt.

Peter Gericke:

Er denkt, dass die Studierenden nicht gegen den StuRa oder seine Arbeit sind, sondern einfach nichts mitbekommen. Der StuRa muss mehr auf sich und seine Arbeit aufmerksam machen. Er stellt einen **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.**

-keine Gegenrede, damit angenommen

Clemens Beck:

Er ist für den Antrag. Er ist sich sicher, dass die Studierenden nicht unsere inhaltliche Arbeit ablehnen, sondern einfach zu wenig Bezug zum StuRa haben.

Felix Quittek:

Er stellt fest, dass wir sehr hart am diskutieren sind und es lang her ist, dass wir eine solche harte Diskussion geführt haben. Er ist normalerweise niemand, der Regeln ausnutzen, um ein Sitzung zu beenden. Aber er denkt, dass wir zu wenige sind, um das zu entscheiden.

Johannes Struzek:

Er stellt einen GO-Antrag auf Vertagung des TOP.

Julian Volk:

Er formuliert eine Gegenrede, denn er ist der Ansicht, dass wir gleich die restliche Sitzung vertagt können, wenn wir diesen TOP vertagen.

Abstimmung über eine Vertagung: 4 / 1 / 1 - angenommen, damit vertagt

Johannes Struzek:

Er bittet darum, dass der TOP Stellungnahme zum fzs vorgezogen wird.

-keine Gegenrede, damit angenommen

TOP Stellungnahme FZS

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass der StuRa Mitglied im fzs war, aber schon seit längerem ausgetreten ist. Es gibt immer noch Probleme mit der Arbeit dem fzs. Er erbittet eine Positionierung zu der Person Thorsten Rekewitz und seinem Verhalten. In einem Schreiben sollten die Gründe für unseren Austritt wiederholt und unser Bedauern über den Rücktritt von Salome verdeutlicht werden. Es bestehen Abwahanträge gegen Thorsten und Salome zur nächsten Mitgliederversammlung. Die beiden sind inhaltliche Kontrahenten.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie denkt, dass das eine Angelegenheit ist, die Menschen, die Tratsch mögen, erheitern könnte. Aber wir sind kein Mitglied im fzs, warum also sollten wir uns einmischen. Sie sieht keinen Sinn darin sich zu äußern.

Johannes Struzek:

Er ist der Auffassung, dass ein Eintritt bei der jetzigen Arbeitsweise des fzs nicht sinnvoll ist. aber wenn die Kritikpunkte ausgemerzt werden, dann könnten wir wieder eintreten.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie ist der Auffassung, dass wir dann regelmäßig die aus unserer Sicht unschönen Zustände kritisieren müssten. Außerdem ist es kontraproduktiv, wenn wir uns in eine Schlammschlacht einmischen, die wir ablehnen.

Felix Quittek:

Er hat das Gefühl, dass das genauso eine Diskussion wie eben wird. Er ist sich nicht sicher, ob eine Entscheidung noch heute fallen sollte.

Mike Niederstraßer:

Er denkt, dass eine Entscheidung dazu nicht heute stattfinden muss. Da eh eine Mitgliederversammlung ansteht, kann man auf die dortigen Ergebnisse reagieren.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass wir uns einen Dachverband, der die Interessen der Studierendenschaften überregional vertritt, wünschen. Der fzs hat sich im letzten Jahr sehr gesteigert und jetzt wurden die Personen, die das geleistet haben, rausgemobbt und am Ende bleiben nun wieder nur undemokratische Entscheidungen. Thorsten Rekewitz ist eine Person, die in diesem Zusammenhang absolut negativ aufgefallen ist. Wenn wir uns für einen Dachverband einsetzen, dann müssen wir auch auf Missstände hinweisen.

Frances Karlen:

Sie schließt sich Carola Wlodarski-Simsek an.

Abstimmung über einen Brief an die Mitglieder der fzs: 1 / 3 / 1 - abgelehnt

Felix Quittek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit**.

Daniel Münch:

Er stellt fest, dass nur noch fünf Gremiumsmitglieder anwesend sind, daher ist die **Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben**.

Damit wird die Sitzung vertagt.

TOP 9 M-051-2012: Internationale Tage (Int.Ro)

-wegen Beschlussunfähigkeit vertagt

TOP 10 M-071-7017: Herbstacademie BdWi (Mike Niederstraßer)

-wegen Beschlussunfähigkeit vertagt

TOP 11 Sonstiges

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 23 : 12 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung